

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Amt für soziale Angelegenheiten und Altenarbeit

**Lokaler Teilhabeplan für Menschen mit
Behinderung in Heidelberg:
Dokumentation der Zukunftswerkstatt am
5. und 6. Mai 2006**

Informationsvorlage

Beschlusslauf
Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 11. Dezember 2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Sozialausschuss	23.11.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	07.12.2006	<input type="radio"/>	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Sozialausschuss und Gemeinderat nehmen die schriftliche Dokumentation der Zukunftswerkstatt „Menschen mit Behinderung in Heidelberg“ am 5. Mai und 6. Mai 2006 zur Kenntnis.

Sitzung des Sozialausschusses vom 23.11.2006

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 07.12.2006

Ergebnis: Kenntnis genommen

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 1	+	Ausgrenzung verhindern
SOZ 2	+	Diskriminierung vorbeugen Begründung: Die Mitwirkung und Mitsprache von Menschen mit Behinderung in Heidelberg trägt dazu bei, diese besser in das kommunale Geschehen einzubinden und ihre Belange in allen Bereichen der Daseinsvorsorge zu berücksichtigen.
SOZ 3	+	Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern
SOZ 12	+	Selbstbestimmung auch behinderter Menschen gewährleisten Begründung: Eine Einbindung von Menschen mit Behinderung in kommunale Entscheidungswege – z. B. im Rahmen der Zukunftswerkstatt – trägt zur Erreichung der o. g. Ziele bei.
QU 3	+	Ziel/e: Bürger(innen)beteiligung und Dialogkultur fördern Begründung: Die Zukunftswerkstatt kann dazu beitragen den Dialog zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zu verbessern, indem sie die Interessen und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung artikuliert.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

Begründung:

Mit Drucksache 0160/2005/IV vom 26.10.2005 wurde dem Gemeinderat die Bestandsaufnahme zur Situation von Menschen mit Behinderung in Heidelberg vorgestellt. In dieser Drucksache wurde angekündigt, dass in einem zweiten Schritt das Ergebnis der Bestandsaufnahme im Rahmen einer Zukunftswerkstatt mit Menschen mit Behinderung kritisch diskutiert werden soll, um Verbesserungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Diese Zukunftswerkstatt hat am 5. Mai, dem Europäischen Aktionstag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, und 6. Mai 2006, in den Räumen der Volkshochschule Heidelberg als gemeinsame Veranstaltung des Aktionsbündnisses zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und der Stadt Heidelberg stattgefunden. Teilgenommen haben 42 Menschen.

Eine 80 Seiten starke Broschüre, die dem Sozialausschuss heute vorgestellt wird, stellt den Verlauf und die Ergebnisse dieser Zukunftswerkstatt dar. Sie lässt insbesondere auch die themenorientierten Projekte erkennen, an denen aktuell in kleineren Gruppen weiter gearbeitet wird.

Im gegenwärtig bedeutsamsten Projekt erarbeiten behinderte Menschen in Zusammenarbeit mit dem DPWV eine Konzeption zur Einrichtung eines Behindertenbeirats für die Stadt Heidelberg.

Die im Rahmen der Zukunftswerkstatt von Teilnehmenden geäußerte Kritik sind Anregungen für die Verwaltung. Sie werden mit betroffenen bzw. beteiligten Institutionen und Personen erörtert, um nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen. Damit wird die Dokumentation zu einem wichtigen Arbeitspapier zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen in Heidelberg.

gez.

Dr. G e r n e r

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Menschen mit Behinderung in Heidelberg – Dokumentation der Zukunftswerkstatt am 5. + 6. Mai 2006 (Schriftenreihe des Amtes für Soziale Angelegenheiten und Altenarbeit)